



## Transparenz satt



Der Bericht aus Berlin  
von **Volker Heck**

**D**ie politischen Parteien, so der frühere Regierungschefberater **Bert Rürup**, haben mit dem Wirtschaftsaufschwung der vergangenen Jahre und der daraus folgenden Rekordbeschäftigung den Reformeifer eingebüßt. Stattdessen, meint der heutige Leiter des Handelsblatt-Instituts, konzentrieren sich die Regierungsparteien nur noch auf Machterhalt und Bedienung ihrer eigenen Klientel. Interessanterweise zeigt sich dabei neuerdings gerade die SPD schneller als ihr konservativer Counterpart. Eine „**Respektrente**“ soll Altersarmut verhindern. Auch für die Kitas soll es Verbesserungen geben. Ebenso sollen Mieter vor **Grundsteuer** und **Maklerkosten** geschützt werden. Nun endlich sind auch Verbesserungen für die vierte Gewalt im Staate vorgesehen. So plant die **SPD** deutlich erweiterte **Auskunftsrechte für Journalisten** gegenüber Bundesbehörden, die künftig bei Anfragen nicht nur mündlich oder schriftlich antworten, sondern gleich Einsicht in die dahinter liegenden Unterlagen gewähren sollen. Die Auskunftspflicht bleibt neben dem **erweiterten Informationsanspruch** bestehen. Dieser Ansatz kann weitreichende Folgen haben: weniger **ministeriale Pressesprecher**, die viel reden und nichts sagen, und dafür mehr Experten, die aus den Fachbereichen die entsprechenden Unterlagen ans Tageslicht holen müssen. Denn der Auskunftsanspruch soll entsprechend den Vorgaben eines Günter Schabowski geregelt sein: „sofort“ und „unverzüglich“. Kaum eine Reformidee der vergangenen Jahre dürfte für die Bundesministerien weitreichendere Veränderungen mit sich bringen als dieser Vorschlag. ◀

---

**Volker Heck** ist Managing Partner bei Deekeling Arndt/AMO. Davor war er Kommunikationschef von RWE.